

„Gründlegen einer sparsamen Finanzpolitik“ und mit der „richtigen Bereitwilligkeit im Reich und Ländern. Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern“ stand zwar noch als erster Punkt auf der Tagesordnung, war aber nicht mehr der wichtigste. Und am Neujahrstage verhandelte Staatsrat Dr. Brüder, der in der Hauptsache die Berechtigungsansprüche für den Reichs- und Länder-Budget, das nach dem praktischen Ergebnisse in Bezug auf die Verwirklichung des Einheitsloans von der Konferenz nicht mehr zu erwarten dürfte. Der Einheitsloans geht jetzt zu den letzten Stufen, die in der nächsten Zeit sich zu entscheiden sein werden. Und die Länder-Konferenz wird sich heute und morgen nach dem Willen der die Verwirklichung dirigierenden Reichsregierung mit „nócherliegenden“ Aufgaben rein finanzieller Natur befassen. Damit doch der Schein gewahrt werde, nicht mehr über die Verwirklichung der Einheitsloans zu sprechen und mit einer gewissen „Blöße“ um den Einheitsloans das abschließende Gespräch eines vergrößerten Preussens vorzuführen — von der Vereinigung Walbes und Braunschweig mit Preußen, obgleich das Angelegenheiten sind, die, weil sie am besten unmittelbar Verhandlungen zwischen Preußen und den in Betracht kommenden kleineren Ländern vorbehalten bleiben, auf die Länder-Konferenz gar nicht gehen. Einer der Gebanten, von denen die Freunde des Einheitsloans von jeder Seite leben, war, man dürfe das Dresden nicht von dem neuartigen Scheitern her antizipieren, weil das die lächerlichsten Überbiete am ehesten werden würde. Es ist sicherlich kein Zufall, daß auf der Länder-Konferenz die Möglichkeiten einer Vergrößerung Preußens zur Diskussion gestellt werden. So wird der deutsche Länder-Kongress im Januar von Groß Berlin aus eine Fortsetzung der Länder-Konferenz im Oktober. Man wird wieder über Erparungsmaßnahmen, über finanzielle Hilfestellung reden, von Vermahlung und von Steuern, als ob man ursprünglich nicht andere, höhere Ziele im Auge gehabt hätte. Die Reichsregierung hat den Gebanten des Einheitsloans? Nein. Dazu ist die Ober zu groß und zu kurz, die Strömung im Volk zu mächtig. Diese Regierung wird bald gehen, und der Einheitsloans wird kommen. Aber einmalige Bewegungen lassen sich auf Dauer nicht glücklich aufhalten. M. R.

Der „Senderberg“ im Osten

Gleiswig wird verpflegt — Polnisches Entgegenkommen

Durch die Errichtung des letzten Rattomerium Rundfunk-Senders war der Empfang des deutschen Senders Olewig in ganz Deutschland fast unmöglich gemacht worden. Über die Grenze wurden unheimliche Störstrahlung gemacht und man sprach von einem „Senderberg“, der die empfindlichen polnischen Rundfunkstationen über sich erheben würde, solche Störstrahlung zwischen den beiden Volkswirtschaften zu einer Klärung geführt. Der deutsche Sender Olewig wird auf 12 KW Telephonleistung vergrößert, wird also stärker als der Rattomerium. Bis dahin schwächte Rattomerium durch Ausstrahlung der letzten Betriebsströme in gewissen Stunden keine Entdeckung zu, ob, daß auch Olewig empfangen werden kann.

Ob allerdings diese gegenwärtige Leistungsform mit immer größerer Lebensdienlichkeit technisch richtig ist, muß die Erfahrung ergeben. Die allgemeinen Empfangsverhältnisse im europäischen Ausland werden ebenfalls nicht dadurch verbessert.

Callaux Stabilisierungs-Programm

Rechtstienblatt der „Wolffischen Zeitung“

Paris, 18. Januar
Der ehemalige französische Minister Callaux entwickelte in einer Rede in Genen sein Finanzprogramm. Die Herzogin des Bloc National habe die Posten Frankreichs von 120 Milliarden auf mehr als 100 Milliarden gesenkt. Demnach soll bis zum 30. April 40 auf die Wiederverteilung der betriebl. Einnahmen, aber die kürzigen Maßnahmen müßten die Budget-Defizite decken, deren Vermeidung auch nicht durch die „Inflation“ Deutschland wird „gesehen“ ermöglicht werden könnte.

Polen habe bisher die finanzielle Wiederherstellung nur vorbereitet. Stummge müßte die legale Stabilisierung der Währung durchgeführt werden. „Worum eine Goldabgabe?“ Warum nicht die als „Kriegsrente“ festgelegte Callaux-Abgabe? „Aber die Wiederverteilung der betriebl. Einnahmen, aber die kürzigen Maßnahmen müßten die Budget-Defizite decken, deren Vermeidung auch nicht durch die „Inflation“ Deutschland wird „gesehen“ ermöglicht werden könnte.“

Rom, Mailand und die Breffa

Rechtstienblatt der „Wolffischen Zeitung“

Rom, 15. Januar
Der italienische Regierungssprecher für die Röhre Anselmino „Breffa“ teilt in einer kurzen Mitteilung, daß die italienische Regierung die Wiederverteilung der betriebl. Einnahmen, aber die kürzigen Maßnahmen müßten die Budget-Defizite decken, deren Vermeidung auch nicht durch die „Inflation“ Deutschland wird „gesehen“ ermöglicht werden könnte.

Wie schon kurz berichtet, will Italien die diesjährige Mailänder Muttermesse mit einer großen Feste des zehnjährigen Jubiläum seines Landes verbinden. Es ist verständlich, daß die diesjährige Muttermesse nicht von diesem Plan abtrifft, ihre Aufgabe zurückgibt. Kurzzeit verhandelt die deutsche Regierung mit der italienischen über die Möglichkeit, die Messeplatz in einer ausdrücklich eingeladenen christlichen Gruppe vor sich gehen zu lassen, während deren die deutschen Aussteller von der Ausstellung sich entfernen.

Beterfen kandidiert für Hamburg

Demokratische Tagungen im Reich

Rechtstienblatt der „Wolffischen Zeitung“

Hamburg, 16. Januar

Am gestrigen Sonntag hat der Vorstand der Demokratischen Partei, Hamburg, einmütig beschlossen, Bürgermeister Dr. Karl Petersen an die Spitze seines Wahlkampfes für die neuen Bürgerparlamente zu stellen. Diesem Will kommt besondere Bedeutung zu, da auch von Interesse, weil über Hamburg hinaus sein muß. Die Gründe, die Dr. Petersen bewegen haben, den ihm gewiß nicht leicht fallenden Schritt zu tun, wieder in die politische Arena und in den politischen Kampf einzutreten, hat er poltische Hamburger Korrespondenten im folgenden ausgedrückt:

„In einer Verfassung, die ich am 9. Januar 1924, unmittelbar nach meiner damaligen Wahl zum Ersten Bürgermeister, mit Petersen als Vorkämpfer habe ich kritisiert, daß die Bundesversammlung hier für mich den Abschied aus der aktiven Parteipolitik bedeutete.“

Ich habe damals mein Reichstagsmandat und den Vorsitz der Deutschen Demokratischen Partei niedergelegt und mich während meiner Amtsführung bemüht, durch volle Objektivität allen Parteien gegenüber den Vertrauen der gesamten Bevölkerung zu gewinnen. Nachdem ich nun bei den letzten Reichstagswahlen, in denen im Vordergrund die Veränderung in der Stellung des Ersten Bürgermeisters stand, erwiesen hat, daß von den beiden Parteien, die zusammen mit der Demokratischen Partei die Koalition bilden (Sozialdemokraten und Volkspartei), in mir lediglich der Parteimangel gesehen wird, trotzdem nicht bestritten worden ist, daß ich mein Amt über acht Jahre lang mit großer Energie und bester Bedeutung, indem ich mich dem Willen der Demokratischen Partei angeschlossen an die Spitze der Liste für die Bürgerparlamente stelle. Anstelle ich anders, so würde ich mich bei der Entwidlung, die inzwischen unsere politische Lage in Hamburg genommen hat, von dem Willen ab, der bei der Gestaltung des Senats nach den Neuwahlen, die am 19. Februar stattfinden sollen, ausschließen. Wenn diese Haltung nicht von den Angehörigen der Regierungsfraktionen als ihr unzufriedenheitsvoll bezeichnet würde, so würde ich das dem Präsidenten des Senats fürchten, werde ich nicht allen meinen Anstandspunkten nie wieder lediglich von den Möglichkeiten auf die Gemeininteressen setzen lassen.“

Für die Schlagkraft der Demokratischen Partei in Hamburg bei dem neuen Wahlkampf wird der Name Dr. Petersen, der sich in Hamburg eines überaus großen Ansehens erfreut, wesentlich verhängnisvoll sein, was sehr zu begrüßen ist. Die anderen bürgerlichen Parteien erkennen bei dem Bedenken, daß die Demokratische Partei, an die Spitze der demokratischen Liste zu treten, seine große Verdienste und die hiesigen Parteipolitik in eine liberale politische Stellung durchaus an. Es bezaubert seinen Schritt, wenigstens, was die Deutschenationalen angeht, nur in der Richtung, als sie befürchten, daß Petersen Hamburg vielleicht dadurch verlor, indem sie annehmen, daß Petersen auch bei den Reichstagswahlen eine führende Stellung auf der Liste der Demokratischen Partei,

vieleicht sogar einer leitenden Partei im Reich, in Zukunft einnehmen werde.

H. G. Scherwin, 16. Januar

Auf dem Demokratischen Parteitag für Hamburg und Alsted, der am Sonnabend und Sonntag in Alsted stattfand, betonte Staatsrat Dr. A. D. Dastor, Minister Dr. D. A. die einzig richtige Politik der heutigen Reichsregierung sei die Demokratische, der sich bis jetzt glänzend bewährt habe. Denn unter ihm habe die deutsche Industrie gründlich organisiert und ihre Leistungsfähigkeit steigern können. Die Einkünfteerträge hätten die durch diesen Plan gegebenen Möglichkeiten in der Steuer- und Sozialpolitik ausgenutzt, unter den Reichsregierungen sei aber niemals ein Rückgang erfolgt. Unter wirtschaftlicher Entwicklung hinge davon ab, ob sie zu bestehen, durch sozialen Erfüllungswillen des Volkes das Aussehen zu verbessern und durch Entlastung der Wirtschaft, besonders durch den Abbau der Steuern und der Zölle, die Exportmöglichkeiten zu steigern. Staatsminister Dr. Müller-Schwerin sagte ein für die Verwirklichung des Einheitsloans sei die für die Realisationen sei aber nicht zu machen, man solle endlich mit politischen Vorhaben kommen. Der neue Finanzplan sei in erster Linie für den Staat selbst geschaffen worden. Durch müßte eine Reichsvereinbarung über die Zukunft geschlossen werden, so könne man es ehesten binnen mit Reichstag erledigen. Die parlamentarische Lage in Weidenburg erklärte Dr. Müller für gefällig. Müller wurde einstimmig wieder zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

ha Dresden, 16. Januar

Das Jahr 1927 unter der Reichsregierung hat keinerlei Fortschritt in der Außenpolitik gebracht, so erklärte Reichsminister Dr. Müller auf dem Demokratischen Parteitag für Hamburg, der am Sonnabend in Hamburg stattfand. Die kommenden Wahlen würden in Deutschland und Frankreich eine Volksstimmung herbeiführen, ob die Politik gegenwärtiger Reichsregierung im Willen des Volkes fundiert sei, für Deutschland könne das Ergebnis nicht zweifelhaft sein. Das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik müßte sein, die deutsche Wirtschaft von allen Hemmnissen zu befreien. Ueber die Verwaltungsreform sei nun genug geredet worden, man solle sich endlich von allen demagogischen Traditionen befreien und den Worten die Taten folgen lassen.

* Braunschweig, 15. Januar

Belegentlich der Generalversammlung des Bundes Braunschweig, die sich am 14. Januar in Braunschweig abhielt, wurde die Reichsregierung für die Durchführung der Reichsreform gegen die Nation zu einem letzten Schritt aufgefordert. Es müßte aber weiter gemacht werden, dann in diesem Jahre ginge es um das Schicksal des Reiches. Das politische Chaos unter der jetzigen Reichsregierung sei so groß geworden, daß selbst Hitler unter den bestförmlichen Umständen nicht mehr mitmachen wolle. Die Möglichkeit ist außer, und innerpolitisch einig ist die Signatur der jetzigen Regierung: Die kommenden Wahlen laute die Partei des Reichsbundes: Die Republik der Republikaner; den Monarchisten und Hoffentlichem sollte der Mut vergehen, mit der deutschen Republik zu haben.

Zusammenschluß der Baneuropa-Organisationen

Nach langwierigen Verhandlungen ist es jetzt gelungen, die vier großen Organisationen mit paneuropäischer Zielsetzung zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung zusammenzuführen. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebe haben die in Frage kommenden Verbände am Sonntag in gemeinsamer Sitzung beschlossen, ein „Deutsches Komitee für europäische Annäherung“ zu gründen, um dem Gedanken der europäischen Zusammenarbeit in Deutschland größere Stoffkraft zu verliehen. In einem Protokoll wurde festgelegt, daß jeder der dem Komitee angehörenden Verbände seine volle Geschäftstätigkeit in der Durchführung seiner Aufgaben erhalten und seine Verantwortung für Handlungen und Maßnahmen der anderen Baneuropa-Organisationen übernehmen sollte. Die vier Komitee-Mitglieder wurden gewählt: für die „Pan-europäische Union Deutschlands“ Reichspräsident Ebe und Reichsminister A. D. Roeth, als deren Stellvertreter Reichsminister A. D. Reich-Rohde, für den „Europäischen Volksbund“ Georg Wehrhahn und Dr. Edgar Stern-Rubarth, als Stellvertreter Frau Professor Dr. Hobba Erdmann und Professor Dr. Fritz Haber, für den „Europäischen Volksbund“ Georg Wehrhahn, als Stellvertreter Dr. Carl Gremer, Dr. A. D. und Dr. A. D. für den Deutschen Kulturbund Professor Dr. Ludwig Curtius (Weidberg), Professor Dr. Alfred Weber (Weidberg) und zwei Stellvertreter. Die jährlich wachsende Geschäftstätigkeit ist für das Jahr 1928 dem Verband für europäische Annäherung übertragen worden. Insbesondere Vereinbarungen hat zwischen der Paneuropäischen Union und dem Verband für europäische Annäherung getroffen worden. Danach soll die Paneuropäische Union sich in erster Linie auf die Gewinnung der großen Volksmassen einrichten, während der Verband für europäische Annäherung sich auf die Gewinnung führender Persönlichkeiten und der politischen Organisationen und Gewerkschaften bemühen soll. *

Herzog Bernhard von Meiningen t

In Meiningen ist heute morgen nach längerer Krankheit der letzte regierende Herzog von Sachsen-Meiningen im Alter von fast 77 Jahren gestorben. Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen war mit der am 1. Oktober 1910 verstorbenen ältesten Schwester Charlotte des Erzherzogs verheiratet und hinterließ nur eine Tochter Hedwig, die mit dem Prinzen Heinrich XXX. Reich-Erbe von Hannover verheiratet ist. Die beiden einzigen Söhne Meiningens sind jetzt eine 16jährige Prinzessin Dr. Just. Prinzessin v. Sachsen-Meiningen, der seit dem Frühjahr 1910 mit Grafen Alvaro v. Roßfeld-Schilling-Stratzenberg verheiratet ist.

Zus der Diplomatie

Der neue halboberste Generalkonferenz des Völkerverbundes, der japanische Oberste Konferenz, ist heute in Prag abgehalten worden. Die Konferenz wird von dem Kaiserlichen Gesandten in Prag, Grafen v. Bente-Graf, in Begleitung von 100 Personen und 1000 Mann bewacht werden.

Am Vornitags hat die Hauptversammlung des Verbandes für europäische Annäherung statt, in der Professor G. Schilling über den Stand der europäischen Annäherungs-

